

BKB-Pressegespräch
„Drei Monate TASI“
Donnerstag, 1. September 2005

Ausführungen des Vorstands

- Es gilt das gesprochene Wort -

Einführung

(Dr. Henrich Wilckens)

Anrede,

Herzlich Willkommen zu unserem Pressegespräch hier in unserer Zentrale in Helmstedt. Wir wollen uns heute im Wesentlichen einem Thema widmen, das seit einigen Wochen deutschlandweit für Schlagzeilen sorgt: Die Situation auf dem Abfallmarkt.

Denn seit dem 1. Juni 2005 leben wir in Deutschland im Bereich der Abfallwirtschaft in einem neuen Zeitalter: Zu diesem 1. Juni liefen die Ausnahmeregelungen zur Umsetzung der Vorgaben aus der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI) und der Abfallablagerungsverordnung aus. Mit Blick auf dieses Datum hatten wir bereits im Jahr 2003 im Rahmen einer Studie prognostiziert, dass es in Deutschland im Bereich der Abfallverbrennung zu Engpässen kommen würde. Inwieweit diese Annahmen nunmehr nach Ablauf von genau drei Monaten der „Zeitenwende“ eingetroffen sind und was wir als BKB im Vorfeld des

1. Juni 2005 getan haben und perspektivisch noch tun werden, darüber wird Herr Dr. Scharf berichten.

Im Anschluss daran wollen wir ein ebenso aktuelles Thema aufgreifen: Die Personalsituation bei BKB und insbesondere im Bereich der Ausbildung junger Menschen. Dies ist der Part von Frau Keller-Lauscher, die seit dem 1. Mai die Nachfolge von Herrn Bendrat als Arbeitsdirektorin angetreten hat.

Wie sich BKB im zurückliegenden Jahr entwickelt hat und welche Einschätzungen wir für das laufende Jahr treffen, soll dann den Abschluss unserer Ausführungen bilden.

Herr Dr. Scharf berichtet jetzt über die Marktsituation.

Markt

(Dr. Roland Scharf)

Anrede,

Wer sich heute in Deutschland umschaute und sich dem Thema Abfall widmet, steht vor einer Bandbreite an Aussagen, die größer nicht sein könnte. Der Bogen reicht von völliger Gelassenheit angesichts gesicherter Abfallentsorgung bis hin zu Formulierungen wie „Müllnotstand“ und „Im Entsorgungssektor liegen die Nerven blank“. Dieses Spannungsfeld prägt seit genau drei Monaten die Landschaft in der Entsorgungsbranche. Eine Entwicklung, die durchaus als erstaunlich zu bezeichnen ist.

Erstaunlich deshalb, weil alle Beteiligten ausreichend Zeit hatten, sich auf die Situation ab dem 1. Juni 2005 vorzubereiten. Um es auf den Punkt zu bringen: Genau seit dem 01.06.1993 gibt es die „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ (TASi), die der Abfallverbrennung Vorrang vor der Deponierung einräumt. Wir sprechen also über einen Zeitraum von 12 Jahren, der der Vorbereitung hätte dienen können.

Berücksichtigt man die am 21.12.2000 in Kraft getretene Novelle, die neben dem thermischen auch das mechanisch-biologische Verfahren zur Vorbehandlung von Abfällen anerkennt, blieben immer noch knapp fünf Jahre Vorbereitungszeit auf den Tag 1. Juni 2005. Wirklich ausreichend, hätte man meinen können.

Im Rahmen einer Studie, die wir gemeinsam mit DPU im September 2003 veröffentlicht hatten, wiesen wir bereits auf Kapazitätsengpässe hin. Engpässe, die sich insbesondere im Bereich der Sekundärabfälle abzeichneten. Dies sind von Gewerbeunternehmen stammende Abfälle, die nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht überlassungspflichtig sind. Für den überlassungspflichtigen vorzubehandelnden Restabfall hingegen wurden ausreichend Kapazitäten prognostiziert. Diese Annahmen decken sich nach unserer Erfahrung nunmehr mit der heutigen Wirklichkeit. Teilweise müssen wir nach neueren Erkenntnissen bei den Sekundärabfällen sogar von einer noch größeren Lücke ausgehen.

Für uns stellt sich deshalb der Markt folgendermaßen dar: Seit 1. Juni 2005 ist der Entsorgungseingpass bei den Vorbehandlungskapazitäten insbesondere für Sekundärabfälle mit bis zu 7 Mio. t zu beziffern. Für die den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu überlassenden Abfälle (Haus- und Sperrmüll, Baustellen- und Gewerbeabfälle zur Beseitigung) ergeben die Prognosen für 2006 eine zu behandelnde Abfallmenge von rund 20,5 Mio. t/a (primäre Abfälle). Dem stehen Kapazitäten von rund 22,4 Mio. t/a gegenüber, so dass hier die Entsorgung gesichert ist.

Betrachtet man die weiterhin anfallenden Abfallströme, die bei der Abfallbehandlung in mechanisch-biologischen Anlagen sowie bei der Aufbereitung von Baustellen- und Gewerbeabfällen entstehen und deren Entsorgung weitgehend in der Verantwortung der privaten Entsorgungswirtschaft liegt, sind im Jahr 2006 weitere 6,1 Mio. t/a Abfälle (sekundäre Abfälle) thermisch zu behandeln. Dies führt zu einer Abfallmenge von 26,6 Mio. t/a und somit zu einer fehlenden Behandlungskapazität von mindestens 4,2 Mio. t/a. Diese Menge stellt das kurzfristige Akquisitionspotenzial in Deutschland dar.

Für die Mitverbrennung in Kraftwerken, Zement- und Kalkwerken wurde eine Menge von weiteren rund 2,9 Mio. t/a (tertiäre Abfälle) als heizwertreiche Fraktionen ermittelt, die zur Verwertung als Ersatzbrennstoff geeignet ist. Stehen die Kapazitäten der Mitverbrennung nicht oder nur teilweise zur Verfügung, ergibt sich in 2006 eine Kapazitätslücke

von insgesamt ca. 7,1 Mio. t/a, für die weitere Investitionen zur Errichtung Verbrennungsanlagen notwendig sind.

Der Markt für kommunale unvorbehandelte Abfälle ist kurz- und mittelfristig gedeckt, da ein Großteil der zu behandelnden Mengen erst in den letzten Jahren durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vergeben wurde und diese Verträge in der Regel eine Laufzeit von 10 bis 20 Jahren haben. Erste Bewegungen und somit Akquisitionspotenzial sind in diesem Segment aufgrund auslaufender Verträge des Wettbewerbs erst ab 2010 zu erwarten.

Mit eben diesen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, also Städten, Landkreisen und Zweckverbänden, haben wir laufende Verträge über rund 1,7 Mio. t/a. Damit liegt dieser Mengenanteil, bezogen auf die behandelte Abfallmenge bei BKB, bei über 70 Prozent. Daran lässt sich erkennen, dass unsere Anlagen durch diese Verträge mit den kommunalen Abfallmengen bereits eine hohe Grundauslastung haben. Daran lässt sich aber auch noch ein weiterer Aspekt ablesen: Unseren kommunalen Partner können wir nach wie vor eine gesicherte Entsorgung garantieren, von „Müllnotstand“ kann hier also nicht die Rede sein. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass sich diese Kommunen rechtzeitig – mit Blick auf den 1. Juni 2005 – um eine gesicherte Entsorgung gekümmert haben. Zumeist in Form der europaweiten Ausschreibung, die wir in vielen Fällen gewinnen konnten. Der Zuschlag über diese Mengen ermöglichte uns, unsere Investitionsentscheidungen auf einer

verlässlichen Basis zu treffen. Einen Überblick über unsere kommunalen Vertragspartner finden Sie in den Unterlagen.

Wenn wir auf den Markt der Gewerbeabfälle blicken, zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Wir haben im Vorfeld des 1. Juni 2005 nur in begrenztem Umfang die Bereitschaft privater Entsorger verzeichnen können, sich auf längerfristige Verträge mit uns zu verständigen. Genau hier aber liegt aus unserer Sicht die Krux.

Wir wären bereit und in der Lage gewesen, weitere Investitionen zu tätigen. Nur, um die bestehenden Anlagen zu erweitern oder eine neue Abfallverbrennungsanlage zu bauen, bedarf es dauerhafter Verträge, die diese Investitionen absichern. Dies war aber, um es deutlich zu unterstreichen, trotz unserer Argumente hinsichtlich der sich abzeichnenden Engpässe im Bereich gewerblicher Abfälle nicht zu erreichen. Einer der Gründe dafür ist, dass zahlreiche Deponiebetreiber in einer wahren „Preisschlacht“ das Preisniveau für die Deponierung von Abfällen auf zum Beispiel unter 10 Euro pro Tonne gedrückt hatten. Für unsere Anlagen hatten diese Dumping-Angebote zur Folge, dass sie bis zum 31. Mai 2005 sämtlich nicht ausgelastet waren, zum Teil bis zu über 30 Prozent unterhalb des möglichen Abfalldurchsatzes blieben.

Seit dem 1. Juni 2005 hat sich diese Situation komplett gewandelt. Unsere Anlagen laufen in Gänze an der Kapazitätsgrenze. Deshalb müssen wir heute gewerbliche Kunden, die sich nicht rechtzeitig Kontingente gesichert haben,

abweisen. Um insgesamt zur Entspannung beizutragen, haben wir kurzfristig reagiert und mit der Ballierung von Abfällen an den Standorten Buschhaus, Hameln und Salzgitter begonnen. Zusätzlich haben wir auf der Deponie Diebesstieg in Salzgitter ein zeitlich befristetes Notfallzwischenlager beantragt. Mit Vorliegen der abschließenden Genehmigung können wir dort zirka 28.000 Kubikmeter lagern. Dieses sind, wie gesagt, kurzfristige Maßnahmen, die unsere Flexibilität erhöhen.

Von wesentlich größerem Gewicht sind die Investitionen, die wir in die Erweiterung unseres Anlagennetzwerks getätigt haben beziehungsweise weiterhin tätigen. Summa summarum sind dies immerhin 440 Mio. € über den Zeitraum 2004 bis 2007. Wir kennen kein Unternehmen, welches sich in dieser Größenordnung auf die Anforderungen der TASI vorbereitet hat.

Investiert haben wir in den Neubau der Abfallverbrennungsanlage in Hannover-Lahe, die im Sommer dieses Jahres ihren Regelbetrieb aufgenommen hat und die über eine technische Verbrennungskapazität von 280.000 t/a verfügt. In Magdeburg-Rothensee ist eine Anlage im Entstehen, die nach ihrer Fertigstellung zu den größten in Deutschland zählen wird. Gegenwärtig sind bereits zwei Linien in Betrieb, die wir morgen im Rahmen einer Feier mit Ministerpräsident Böhmer offiziell in Betrieb nehmen. Zwei weitere werden im nächsten Jahr fertig gestellt sein. Diese Anlage, die wir gemeinsam mit den Städtischen Werken Magdeburg bauen und die mit einem Volumen von

rund 250 Mio. € gegenwärtig die größte private Investition in Sachsen-Anhalt überhaupt darstellt, ist auf 660.000 t/a ausgelegt. Hinzu kommen der Bau der dritten Verbrennungslinie der TRV Buschhaus, wo wir vier Wochen früher als geplant am 29. Juli 2005 das erste Müllfeuer entzünden konnten, und die Kapazitätserweiterung der Anlage in Hameln. Alle Erweiterungen eingerechnet, verfügt BKB im Jahr 2006 über eine Verbrennungskapazität von rund 2,7 Mio. t/a. Mit einem Marktanteil von 15 Prozent sind wir damit Marktführer in Deutschland. Dabei müssen wir betonen, dass wir uns im Gegensatz zu unseren Wettbewerbern auf die reine Verbrennung konzentrieren. Die vorgelagerten Stufen wie Einsammeln, Transportieren und Sortieren sind nicht Bestandteil unseres Geschäftsmodells.

Unsere Position als Marktführer wollen wir weiter ausbauen. Bei diesem Ziel sehen wir hauptsächlich Chancen im Bedarf an Behandlungskapazitäten für Sekundärabfälle bei Industriekunden. Hier besteht Potenzial in den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg/Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. An ausgewählten Standorten befinden wir uns bereits in weiterführenden Gesprächen.

Ein konkretes Beispiel ist ein gemeinsames Vorhaben mit der Kali und Salz GmbH, einer Tochter der Kali und Salz AG. An deren Standort „Wintershall“ in Heringen/Werra soll zur Energieoptimierung durch thermische Nutzung von Restmüll ein neues Heizwerk errichtet werden. Das Heiz-

werk soll Energie in Form von Frischdampf (ca. 135 t/h) erzeugen und somit eine kostengünstige und von sonstigen Energiepreisentwicklungen weitgehend unabhängige Versorgung des Standortes gewährleisten.

Die K+S Kali GmbH will die so gelieferte Energie einerseits direkt in der Kaliproduktion einsetzen, andererseits unter Nutzung der bestehenden Kraftwerksanlagen in Strom umwandeln. Es ist geplant, das Heizwerk auf Grundlastbetrieb ausulegen, welches im Jahr für zirka 7.500 Stunden Energie liefern soll. Für den Betrieb des Heizwerks werden jährlich 200.000 bis 250.000 Tonnen Brennstoffe benötigt.

Wenn alle Vertragsangelegenheiten geklärt sind – voraussichtlich im vierten Quartal dieses Jahres – schließt sich die Genehmigungsphase an. Sollte die Genehmigung dann Mitte 2006 vorliegen, könnte unmittelbar mit dem Bau der Anlage begonnen werden. Mitte 2008, so sehen es die Planungen vor, könnte die Anlage in Betrieb gehen. Neben der bereits länger unterzeichneten gemeinsamen Absichtserklärung steht aktuell in Kürze der Scoping-Termin bevor. Dieser wird Mitte September stattfinden. Weitere Beispiele, auch aus dem benachbarten Ausland, zu nennen, wäre an dieser Stelle jedoch verfrüht; wir arbeiten an mehreren viel versprechenden Projekten und werden Sie bei Konkretisierung gerne informieren.

Abschließend wollen wir einen Blick auf das kommende Jahr werfen. Unserer Einschätzung nach wird es im ersten Halbjahr 2006 eine erste Entspannung im Entsorgungsmarkt geben. Dies liegt daran, dass mehrere im Bau be-

findliche Entsorgungsanlagen in Betrieb gehen werden, zum Beispiel die MBA's in Lübeck und Göttingen sowie die Kapazitätserweiterung der MVA Oberhausen. Zudem werden die bekanntermaßen vorliegenden Startschwierigkeiten einiger MBA's überwunden worden sein.

Mit der Inbetriebnahme der Verbrennungslinien drei und vier in Magdeburg-Rothensee sowie der Kapazitätserweiterung in Hameln ab Sommer 2006 wird sich die Situation in unserem Anlagenverbund spürbar entspannen. Diese zusätzlichen Kapazitäten werden wir aber zunächst für den notwendigen Abbau der zwischengelagerten und ballierten Abfallmengen einsetzen müssen, so dass wir dem Entsorgungsmarkt im Jahr 2006 keine wesentlichen freien Kapazitäten zur Verfügung werden stellen können.

Damit übergebe ich an Frau Keller-Lauscher.

Personal

(Veronika Keller-Lauscher)

Anrede,

drei Monate TASI und die Personalsituation bei BKB, das scheinen auf den ersten Blick zwei unterschiedliche Themenfelder zu sein. Vor dem Hintergrund der Unternehmensentwicklung von BKB jedoch zeigt sich, dass eben diese TASI entscheidend dazu beiträgt, Arbeitsplätze bei BKB zu sichern.

Die Geschäftstätigkeit von BKB beruht auf zwei Säulen beziehungsweise befindet sich in zwei Welten, die sich unterschiedlich entwickeln. Die eine ist der Braunkohlenbergbau im Helmstedter Revier und die Stromerzeugung durch eben diese Braunkohle im Kraftwerk Buschhaus. Hier müssen wir von einer rückläufigen Personalentwicklung sprechen, weil der Tagebau absehbar im Jahr 2015 ausgekohlt sein wird. Die andere Welt ist der aufstrebende Zweig der Abfallverbrennung. Hier liegen die Zukunft des Unternehmens und auch die Perspektiven von Mitarbeitern. Während wir auf der einen Seite also Personalzahlen reduzieren müssen, können wir auf der anderen Seite von einem Wachstum ausgehen.

Wenn wir nun die konkreten Zahlen betrachten, unterscheiden wir zwischen der BKB AG und der BKB Gruppe. Bei ersterer zeigt sich die rückläufige Entwicklung. Hier reduzierte sich die Stammbeslegschaft Ende 2004 gegenüber dem Jahresendstand 2003 von 792 um 136 auf 656. Der Rückgang vollzog sich im Einvernehmen mit den Arbeitnehmervertretern durch den Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen nach den Regelungen unseres Rationalisierungsschutzabkommens und die Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen.

Der Personalabbau wird sich fortsetzen. Von den jetzt 656 Mitarbeitern der Stammbeslegschaft der BKB AG am 31. Dezember 2004 haben 115 Mitarbeiter bereits vereinbarte vertragliche Regelungen über die Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Zudem versuchen wir für die Zukunft Wech-

selmöglichkeiten innerhalb des E.ON-Konzerns verstärkt zu nutzen.

Stolz sind wir, dass zu dieser Stammebelegschaft 99 junge Menschen als Auszubildende und Praktikanten hinzukommen. Wir werden mit der Ausbildung unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht. Nicht nur gerecht, sondern mehr als das, denn wir bilden Nachwuchskräfte aus, die wir vor Ort nicht benötigen. Neben den Auszubildenden unterstützen wir auch akademischen Nachwuchs, und zwar Studenten und Praktikanten der Elektrotechnik/Maschinentechnik im Praxisverbund. Ausgebildet werden gegenwärtig 35 Energieelektroniker, 28 Industriemechaniker, ein Bergvermessungstechniker und 19 Mechatroniker. Im Verbund mit einem E.ON-Tochterunternehmen bieten wir 2005 fünf Industriekaufleuten und zwei Mechatronikern zusätzliche Ausbildungsplätze an.

Um den Bogen wieder zur TAsi zu spannen, betrachten wir nun die Personalsituation in der BKB Gruppe. Im Wesentlichen sind dies Mitarbeiter unserer Tochtergesellschaften, die im Geschäftsfeld der Abfallverbrennung tätig sind. Ende 2004 arbeiteten im Bereich der Abfallverbrennung 471 Mitarbeiter. Zum Vergleich: im Geschäftsfeld Strom sind 359 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Bereiche der Dienstleistungen, also dem BKB-Anlagenservice und der Wohnungsbaugesellschaft WGB, und die Mitarbeiter der Zentrale sowie der Ausbildung innerhalb und außerhalb der AG hinzugerechnet, fanden bei

der BKB-Gruppe zum 31. Dezember 2004 insgesamt 1.203 Mitarbeiter ihre Beschäftigung.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die gesetzliche Grundlage TASI bildet das Fundament für sichere Arbeitsplätze. Um es noch deutlicher zu sagen: Sie bietet auch Chancen auf Wachstum auf dem Arbeitsmarkt.

Ergebniszahlen und Ausblick

(Dr. Henrich Wilckens)

Anrede,

da wir heute den Schwerpunkt auf das Thema TASI gelegt haben, wollen wir die Ergebniszahlen des Geschäftsjahres 2004 zwar nicht außer Acht lassen, aber in zusammengefasster Form darlegen.

Bei der BKB AG stiegen die Erträge von 113 Mio. € im Jahr 2003 auf 128 Mio. € im Jahr 2004. Dazu trug, trotz einer im Betrachtungszeitraum durchgeführten Revision, die überdurchschnittlich hohe Verfügbarkeit des Kraftwerks Buschhaus bei. Über die gestiegene Brennstoffvergütung ging damit ein Anstieg der Stromerlöse einher. Gegenläufig wirkten die preisbedingt niedrigen Erlöse bei den Ersatzbrennstoffen. Die sonstigen Erträge liegen aufgrund diverser Einmaleffekte deutlich höher als zum Vorjahr, insbesondere durch Abgabe von Beteiligungen und landwirtschaftlichen Flächen.

Der Umsatz der BKB-Gruppe im Geschäftsfeld Abfallverbrennung lag im Geschäftsjahr 2004 insgesamt bei 133 Mio. €, der des Vorjahres betrug bereinigt 129 Mio. €. Diese positive Entwicklung resultierte aus den höheren Erlösen bei BKB Stapelfeld, den zusätzlichen Erträgen aus der Sondermüllverbrennung bei der AVG in Hamburg sowie aus der gesteigerten Abfallmenge des MHKW Göppingen. Bei der TRV Buschhaus stiegen die Erlöse von 30 Mio. € auf 32 Mio. €. Auf das Thema Braunschweig-Vertrag gehen wir an späterer Stelle gesondert ein.

Für das laufende Geschäftsjahr zeichnet sich ab, dass die von uns erwartete spürbare Umsatzsteigerung im Geschäftsfeld Abfallverbrennung eintritt. Wie bereits ausgeführt, lässt sich dies ursächlich zurückführen auf das Auslaufen der Übergangsfrist der TASI zum 1. Juni. Wer jedoch eine Umsatz- und Gewinnexplosion bei BKB erwartet, der liegt falsch. Preistreiberei, wie sie an der einen oder anderen Stelle wohl stattgefunden hat – wenn die Vorwürfe stimmen – haben wir nicht praktiziert.

Weder im Vorfeld noch nach Inkrafttreten der TASI waren wir darauf aus, möglichst hohe Kapazitäten für Spotmengen in unseren Anlagen vorzuhalten. Im Gegenteil, unsere Geschäftspolitik lautete und lautet, wirtschaftlich darstellbare Investitionen über langfristige Verträge und ein hohes Maß an Auslastung zu sichern. Wer in diesem Zusammenhang auf kurzfristig erzielbare Preise spekuliert, lässt unseres Erachtens den Aspekt der Nachhaltigkeit außer Acht. Umgekehrt muss sich niemand wundern, wenn Anlagen-

betreiber mit freien Verbrennungskapazitäten der Entwicklung des Marktes folgen und entsprechende Preise fordern. Dies ist nichts Verwerfliches, sondern entspricht dem gewöhnlichen Procedere von Angebot und Nachfrage. Hier von ruinösem Verdrängungswettbewerb zu sprechen, ist ebenso falsch. Keinem Anlagenbetreiber ist daran gelegen, Kunden abzuweisen. Man muss in diesem Zusammenhang nochmals betonen: Wer sich nicht rechtzeitig um vertraglich festgelegte Kontingente gekümmert hat, kann jetzt nicht den Anlagenbetreibern den schwarzen Peter zuschreiben.

Dass wir dem partnerschaftlichen Miteinander in unseren Geschäftsbeziehungen Vorrang geben vor kurzfristigen Interessen, zeigt auch das Beispiel des Vertrages mit der Stadt Braunschweig. Diesen 1995 geschlossenen Vertrag über die Verbrennung kommunaler Abfälle haben wir Anfang Juli aufgehoben. Damit endete eine Debatte, die seit Vertragsabschluss andauert und für BKB sehr quälend war.

Gemeinsam mit unserer Konzernmutter E.ON Energie hatten wir uns auf diesen Schritt verständigt, um das wegen fehlender Ausschreibung der Stadt Braunschweig eingeleitete Zwangsgeldverfahren gegen Deutschland, mittelbar auch gegen das Land Niedersachsen und die Stadt Braunschweig abzuwenden. Im Raum standen immerhin ein Zwangsgeld von 135.000 Euro täglich sowie die Zahlung eines bereits verwirkten Zwangsgeldes von 53 Millionen Euro. Der Vertrag endete nunmehr am 10. Juli dieses Jah-

res nach 10jähriger Laufzeit. Wohlgedemerk 20 Jahre früher als vorgesehen und obwohl er nach deutschem Recht nach wie vor wirksam war. Unser Konzern hat sich aus gesellschaftlicher Verantwortung heraus für diesen Weg entschieden, obwohl er weder rechtlich noch wirtschaftlich angezeigt war.

Bis das Ergebnis einer nunmehr zu erfolgenden europäischen Ausschreibung feststeht, werden wir überdies die Entsorgung der Abfälle der Stadt Braunschweig sicherstellen. Aufgrund unserer bisherigen Leistungen und auch aufgrund des partnerschaftlichen Verhaltens gegenüber der Stadt, trotz oder gerade wegen unterschiedlicher juristischer Standpunkte, rechnen wir uns im Rahmen der Neuausschreibung gute Chancen aus. Wer am Ende den Zuschlag erhält, werden wir im Frühjahr des nächsten Jahres wissen.

Auch das Gerichtsverfahren, das zwischen der Stadt Braunschweig und BKB erforderlich wurde, weil die inzwischen aufgelöste Bezirksregierung den vertraglich vereinbarten Preis mit einer nicht haltbaren Begründung nach unten abänderte, ist vor wenigen Tagen abgeschlossen worden und hat Rechtssicherheit gebracht.

Zum Abschluss möchten wir den Blick weit nach vorn werfen. Dass wir auf Wachstum im In- und auch im Ausland setzen, wurde bereits erwähnt. Heute sind wir Marktführer in der thermischen Behandlung von Abfällen in Deutschland. Unser langfristiges Ziel ist ehrgeizig, aber realisierbar:

BKB wird das führende Unternehmen bei der Verbrennung von Abfällen und der Erzeugung von Strom und Wärme aus Abfall in Europa.

Soweit unsere Eingangsreferate. Jetzt freuen wir uns auf Ihre Fragen.